Ostsachsen

Unser Vormarsch auf dem Lande

Am 18. Januar führte die Ortszelle Dobritz in den von ihr zu bearbeitenden Landorten Goppeln, Kautzsch, Gaustritz und Golberode eine Landpropaganda durch. Dabei wurden 45 Broschüren umgesetzt. Zugleich wurden Einladungszettel für eine öffentliche Versammlung am 19. Januar verteilt. In dieser Versammlung waren 50 Personen anwesend. Sowohl in der Versammlung als auch während der Landpropaganda betonten die Einwohner immer und immer wieder, daß es notwendig sei, daß sich die Kommunisten noch viel mehr auf dem Lande zeigen als bisher. Als uns dann die Meldung erreichte, daß sich die Hakenkreuzler in der Gaustritzer Mühle sammeln, um die Versammlung auseinanderzuschlagen, gab die Versammlung die einzig richtige Antwort, indem 2 Delegierte einstimmig zum Kampfkongreß gegen den Faschismus gewählt wurden. Außerdem traten 3 Arbeiter in die KPD ein und am Schluß wurden 3,30 Mk. für den Kampfkongreß gesammelt. Mit der Versicherung, bald wieder zu kommen, schieden die Dobritzer Genossen von den Einwohnern. Die Faschisten ließen sich nirgends blicken, nachdem sie erfahren hatten, daß ihnen ein sehr „warmer und herzlicher" Empfang zuteil geworden wäre. (AK 202)

Die letzte Einwohnerversammlung in Biehla war ein voller Erfolg für die KPD. 80 Arbeiter und Kleinbauern waren erschienen und verfolgten mit regem Interesse die Ausführungen des Gen. A. Ebert über den Kampf gegen den Faschismus. Zahlreiche Anfragen, die in der Diskussion gestellt wurden, konnte der Gen. Ebert zufriedenstellend beantworten. Der organisatorische Erfolg dieser Versammlung war: 4 neue Mitglieder für die Partei, Wahl eines Delegierten zum Landeskongreß, wofür gleich 2,00 Mark gesammelt wurden und ein Literaturumsatz von 2,20 Mk. Verstärkt die Werbung für die KPD und den Kampfbund gegen den Faschismus. (AK 176)

Für den Kampfkongreß!

Rottwerndorf. Eine Einwohnerversammlung nahm folgende Entschließung einstimmig an:

„Die am 15. 1. 1931 stattgefundene öffentliche Einwohnerversammlung von Pirna-Rottwerndorf begrüßt den 1. Kampfkongreß Sachsens gegen den Faschismus. Wir als Einwohner von Rottwerndorf und Umgebung geloben, unsere ganze Kraft einzusetzen, um die braune Pest der NSDAP zu vernichten. Gemeinsam mit der Kommunistischen Partei und den revolutionären Massenorganisationen wollen wir unsere Kraft zur Erreichung des Endzieles: die Befreiung der Werktätigen, den Aufbau eines Sowjetdeutschlands, einsetzen. Sowjetrußland gilt unser Kampfesgruß. Der gewaltige Aufbau des Sozialismus, die gigantische Durchführung des Fünfjahrplans zeugen von der Schlagfertigkeit der proletarischen Diktatur. Wenn auch alle Zeitungen und Parteien Rußland ankämpfen und verleumden, Provokateure Rußland zum Untergang zwingen wollen, so wissen wir ganz genau, daß die Drahtzieher nicht in der UdSSR, sondern in den Regierungskabinetten der imperialistischen Mächte sitzen.

Darum geloben wir heute, am Jahrestage der Ermordung von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und vielen anderen ermordeten Proletariern, entschlossen zu arbeiten zur Organisierung aller Schaffenden unter dem roten Banner der Kommunistischen Internationale zum Sturze unserer eigenen Unterdrücker [illegible]"

Und die Zeitungsabrechnung ...?

Kolporteure!
Zeitungsboten!

Wir sagen in aller Oeffentlichkeit, was ist. Ihr wißt, daß der Verlag sich bemüht, gemeinsam mit euch in allen Stadtteilen und Ortsgruppen zufriedenstellende Zeitungsabrechnungen zustande zu bringen.

Wir geben heute einige gute Beispiele, d. h. solche Kolporteure bekannt, die schon seit Tagen ihr ganzes Konto, einschließlich Januar, ausgeglichen haben. Es sind die Genossen Paul Ziegler, Rabenau; Oswald Roth, Reichenberg; H. Müller, Zitzschewig; Oswin Leuteritz, Heynitz; Walter Schmidt, Colmnitz; Martin Pohl, Colmnitz; Martin Schäfer, Dorf Wehlen; Herm. Jäschke, Ullersdorf; Max Scholz, Dittelsdorf; Franz Ebermann, Marienthal; Paul Rolle, Reichenau.

Selbstverständlich gibt es auch eine ganze Anzahl von Kolporteuren, die bis heute relativ gut abgerechnet haben, leider aber auch solche, die nur mangelhaft abrechnen. Letztere werden wir Mitte nächster Woche öffentlich in der Zeitung mahnen. Bei Eibau, Niedercunnersdorf, Ostritz, Waltersdorf und Weißa müssen wir die Frage der Einstellung der Belieferung stellen, wenn nicht in den allernächsten Tagen eine zufriedenstellende Abrechnung der Zeitung herbeigeführt wird. Wir bitten die Abonnenten dieser letztgenannten Ortsgruppen, sich sofort um die Dinge zu kümmern. Der Verlag.

„Hygiene" in Freital oder

Die „Wohnungsfürsorge" im Reiche Klimpels

In diesem Jahr fand die in der ganzen Welt propagierte Hygieneausstellung in Dresden statt. Das Material, das auf dieser Ausstellung den Besuchern gezeigt wurde, zeigte, wie der Proletarier leben soll, aber nicht leben kann. Schuld ist nicht seine, sondern durch die Schuld des kapitalistischen Systems. Die Hungeroffensive der herrschenden Klasse verschärft auch das Elend auf dem Gebiet der Hygiene. Besonders drastisch kommt das auf dem Gebiet der Wohnungsfürsorge zum Ausdruck.

In dem an Dresden angrenzenden Städtchen Freital wohnt in dem Hause [illegible] 4 ein Arbeiter, der schwer beschädigt ist. Seit drei Jahren hat er dort mit Frau und drei Kindern im Alter von zwei bis sechs Jahren ein Zimmer von 16 Quadratmeter Wohnfläche. Er leidet an geschlossener Lungentuberkulose. Sein achtjähriger Sohn ist gleichfalls lungenkrank und vollständig unterernährt. In dem 16 Quadratmeter großen Raum, in dem alles gemacht wird, müssen diese fünf Personen schlafen. Obgleich sich dieser Schwerbeschädigte die größte Mühe gibt, durch das Wohnungsamt Freital eine Aenderung seiner Wohnverhältnisse zu erreichen, ist noch keine Abhilfe geschaffen. Das Wohnungsamt teilt einfach mit, daß der Kriegsbeschädigte an 150. Stelle stehe und deshalb noch keine Wohnung erhalten könne. Die Wohnungslosen können in Freital, dem Reich des Herrn Oberbürgermeisters Klimpel (SPD), der mit seiner Wohnungspolitik nicht genug Reklame machen kann, in elenden Löchern verkommen. Sicher hat Herr Klimpel der ausländischen Kommission, die in Freital gewesen ist, dieses Loch nicht gezeigt. Dieser werden nur die Reklamebauten gezeigt, die von keinem Arbeiter bezogen werden können, weil durch ihn die Miete in einer Weise erhöht wurde, daß der Bezug durch Arbeiter völlig ausgeschlossen ist. Vielleicht tragen diese Zeilen dazu bei, die weiteste Arbeiteröffentlichkeit auf die Zustände im Wohnungswesen in Freital aufmerksam zu machen. Die Schwerbeschädigten haben in erster Linie ein Anrecht darauf, menschenwürdige Wohnungen zu erhalten. Selbstverständlich wird weder durch das jetzige System, noch durch seine Helfer in dieser Beziehung Abhilfe geschaffen werden. Ist doch unter Mithilfe der SPD durch die zweite Notverordnung Brünings der völlige Abbau des Wohnungsbaues und die Verwendung der von den Proletariern aufgebrachten Steuergroschen für die Zwecke der Unterhaltung des Machtapparates durchgeführt.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Wollt ihr Aenderung? Kämpft mit uns für die Beseitigung des Wohnungselends und die Aenderung dieses Systems! (AK 164)

Soziale Reaktion gegen die Mieter

In Chemnitz sind durch ein Urteil des Amtsgerichtes vom 11. Dezember 1930 mehr als 500 Mietsparteien der seit langer Zeit unter der Führung der Arso kämpfenden Mieter des Robert-Strauß-Hofes gezwungen worden, eine Mieterhöhung von 3 Prozent zu zahlen. Das ist das Werk des sozialdemokratischen Dezernenten Kenner! 74 Zwangsräumungen wurden allein im Monat November 1930 in Chemnitz durchgeführt. Kinderwagen und Hausrat wurden dabei auf die Straße geworfen [illegible]

[illegible] Familien auf die Straße gesetzt.

74 Familien wurde das letzte Dach über dem Kopf genommen. In der [illegible] in Chemnitz [illegible] die 8. Familie auf die Straße gesetzt. Die 4. [illegible]

Mieter, wehrt euch dagegen! Bildet Kampfausschüsse zur Verhinderung jeder Zwangsräumung, gegen Wohnungsnot und Mietwucher, nicht nur ein in die Front gegen den Staat des Nationalfaschismus!

Für Leipzig kündigt der Oberbürgermeister im Einverständnis mit dem sozialdemokratischen Wohnungsdezernenten Zeutzsch die Erhöhung der Mieten der in der Nachkriegszeit gebauten Wohnungen vom 1. April an. Wurde für eine solche Wohnung in Leipzig bisher der [illegible] Satz von 152 Prozent der Friedensmiete gezahlt, so

wird nunmehr zum 1. April die Miete auf 185 Prozent erhöht werden.

Proletarische Mieter, heraus zum Kampf! Unterstützt die oppositionellen Mieterverbände, organisiert die Opposition in den bürgerlich-sozialdemokratisch geführten Vereinen!

Unterstützt die Arso in ihrem Kampfe gegen Wohnungsnot und Mietwucher!

Der Wohnungsausschuß des Reichstages

wählte an Stelle des bisherigen kommunistischen Vorsitzenden, Gen. Georg Schumann, den Nationalsozialisten Dr. Fabricius zu seinem Vorsitzenden. Von der kommunistischen Fraktion gehören dem Wohnungsausschuß an die Abgeordneten Hennig, Hanna [illegible]-Chemnitz, Georg Schumann-Thüringen, Schwarz-Bremen. Im Auftrage der kommunistischen Reichstagsfraktion haben diese Genossen und die Genossen Stoecker und Torgler unter Reichstagsdrucksache 321 und 322 ein Wohnungsbauprogramm eingereicht und Forderungen für die Mieter der Wohn- und Gewerberäume aufgestellt, die zum Teil noch über die Programmforderungen des Mietertages von Offenbach hinausgehen und klar und deutlich erkennen lassen, welcher Weg allein zur Gesundung bzw. Besserung auf dem Wohnungsmarkt führen kann. Der parlamentarische Widerstand gegen die Verschlechterung der Wohnungsgesetzgebung durch die Notverordnung vom 1. 12. ist allein von den Kommunisten geleistet worden, während die Sozialdemokratie die Aufhebung der Notverordnung abgelehnt und damit die Mitverantwortung übernommen hat. Jetzt gilt es, den außerparlamentarischen Widerstand zu organisieren. Alle Mieterorganisationen müssen zum Kampfkongreß gegen den Faschismus ihre Delegationen senden und dadurch bekunden, daß sie gewillt sind, mit dem gesamten werktätigen Volk zu marschieren!

(Die Genossen finden die wörtliche Wiedergabe der Forderungen der Kommunisten gegen die Wohnungsnot in der Nummer 1 des Jahrgang 1931 des „Roten Mieter". Preis 10 Pfennig.)

Alles für die proletarische Revolution!

Der Dank der proletarischen politischen Gefangenen an die Rote Hilfe

Bei der Bezirksleitung der Roten Hilfe gehen täglich Briefe von den politischen Gefangenen ein, in welchen sie den Dank für die übersandten Winterhilfspakete aussprechen. Wir drucken nachstehend zwei solcher Briefe ab, die uns beweisen, daß die [illegible] Solidarität die beste Hilfe im Klassenkampfe des Proletariats ist.

Genosse Rudolf Hänel, Gefangenenanstalt 2, Zwickau, schreibt uns:

„Werte Genossen! Heute komme ich dazu, Euch einige Zeilen zu schreiben. Vor allem meinen größten Dank für das, was an meiner Familie und mir in meiner einsamen Zelle getan wird. Ich kann nicht viel Worte machen. Sage nur das eine: meine ganze Arbeit für die Bewegung, für die proletarische Revolution zu verdoppeln, alles zu tun, um die Rote Hilfe zu stärken, wieder mitzumarschieren in Reih und Glied, wenn ich wieder frei bin.

Erst wenn man im Gefängnis sitzt, lernt man den Wert der Solidarität kennen, und freut sich, bekommt Mut und Stärke, alles ertragen zu können. Opfer müssen gebracht werden, jeder Kampf bringt Verluste, aber es ist etwas Großes und Schönes, wenn man erlebt, wie die Opfer gewertet werden.

Ich grüße alle Freunde und Helfer der Roten Hilfe aus meiner Zelle und rufe ihnen zu, daß ich einer der eifrigsten Helfer sein werde, wenn sich die Gefängnistore für mich öffnen. Grüße auch an alle Kämpfer und Streiter der Vorhut und der proletarischen Abwehrorganisationen.

Ein „Rot Front" allen tapferen Revolutionären!
Mit revolutionärem Kampfesgruß!

Euer Genosse Rudolf Hänel."

Genosse Fritz Geldewitz, Untersuchungsgefangener, Leipzig, schreibt:

„Werte Genossen! Ich bestätige hiermit den Empfang der Weihnachtsunterstützung und des Pakets. Leider bekam ich nicht auch Euren Weihnachtsbrief, er wurde mir wegen aufreizenden Inhalts vorenthalten. Sicherm [illegible] daß Euer letzter Brief aus demselben Grunde zurückgehalten werden mußte. Auch meine Briefe an Euch sind nicht durchgelassen worden. Es ist der dritte, den ich Euch schreibe. Werte Genossen! Ihr habt durch Eure Weihnachtsunterstützung den politischen Gefangenen eine große Freude bereitet. Die Ankunft Eurer Pakete traf meine Abteilung gerade beim Spaziergang. Auf meiner Abteilung liegen noch mehrere Genossen. Ihr könnt Euch nicht vorstellen, was es für ein Sonnenstrahl gab, als jeder einzeln nach oben gerufen wurde und mit strahlendem Gesicht zurückkam. Nicht nur das Paket an und für sich war es, sondern [illegible], daß die Arbeiterschaft ihre Genossen nicht vergessen hatte, daß sie ihre Solidarität bewies, das war für uns maßgebend.

Was wächst aus alledem heraus uns für eine Pflicht Euch gegenüber? Wir müssen uns geistig schulen und gestählt zu Euch zurückkehren. Das ist es, was wir Euch schuldig sind. Liebe Genossen! Ich weiß, was es für eine Arbeit bietet, roter Helfer zu sein. Aber es ist eine unbedingte Aufgabe, den politischen Gefangenen zu helfen, denn dadurch sehen viele von ihnen, die früher der RH nicht angehörten, daß sie notwendig ist. Eure Arbeit ist im Klassenkampf notwendig. Arbeitet weiter so und stärkt noch die Reihen der roten Helfer durch neue Arbeiter, dadurch erweitert Ihr die Front des klassenbewußten Proletariats und fördert seinen Kampf.

Wir haben auch unsere Anklageschrift bekommen, doch wissen wir noch nicht, wann der Termin stattfindet. Aber hoffentlich recht bald. Ich studiere jetzt die Protokolle des 6. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale. Leider ist es mir nicht möglich, mit Gleichgesinnten darüber zu sprechen, denn es ist zur Schulung ein gewisser Gedankenaustausch von großem Nutzen. Ich habe in dem Protokoll viel Schulungsmaterial, das ist für mich die Hauptsache, denn ich möchte lernen und nochmals lernen.

In der Hoffnung, daß Ihr diesen Brief erhaltet, verbleibe ich mit einem kräftigen „Rot Front!"

Euer Genosse Fritz Geldewitz."

Diese zwei Briefe zeigen, daß auch die Opfer des Klassenkampfes, die Opfer der Klassenjustiz selbst hinter Gefängnismauern ihren Zielen, der revolutionären Bewegung treu bleiben.

Und Ihr, ihr Genossen, ihr sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiterinnen und Arbeiter, tut das eure, werdet rote Helfer, werdet Klassenkämpfer! Schafft die proletarische Einheitsfront!

Deutscher Freidenkerverband, Ortsgruppe [illegible], [illegible] und Umgegend. Sonntag den 25. Januar, 19 Uhr, im Gasthof [illegible], Vorstandswahl, [illegible]. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Mitgliedsbuch bzw. Ausweis.

kann nicht einfach überhört werden.

Man verlangt Waren zu Preisen, die man bezahlen kann. Die Käuferscharen werden sich den Warenpreisen nicht anpassen, weil sie dazu nicht in der Lage sind. Deshalb müssen sich die Preise nach der Leistungsfähigkeit der Käufer richten.

Der Fabrikant, der das nicht erfasst, gehört einer vergangenen Welt an. Er würde für eine verlorene Sache kämpfen.

Wer der Volkswirtschaft und damit dem Volke dient, setzt die Ware rücksichtslos auf den denkbar niedrigsten Preis.

So taten wir es mit unserer

KRENTER INDIANER
Rein Übersee-Zigarre und doch nur 12 ₰